

Rede von Matthias Bärwolff

Thüringer Kommunalwahlrechtsmodernisierungsgesetz

Zum Gesetzentwurf der Fraktion der PDS - Drucksache 4/200 - Zweite Beratung

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Demokratinnen und Demokraten.

(Unruhe bei der CDU)

Ja, es geht schon gut los, ne?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Sozialist!)

Ach, Herr Mohring. Heute befassen wir uns erneut mit der Änderung des Thüringer Kommunalwahlgesetzes. Es geht mir persönlich dabei um zwei wesentliche Punkte, die der PDS als veränderungswürdig gelten. Da wäre zum einen die Diskussion um die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und zum anderen die Möglichkeit der Abschaffung der 5-Prozent-Klausel in kommunalen Parlamenten.

Zum 1. Punkt - Wahlalter mit 16: Wir sind der Auffassung, dass in der Zeit zunehmender Politik- und Systemverdrossenheit es für die Demokratie unbedingt notwendig ist, dass sie die Menschen beteiligt und sie einbindet in ihre Entscheidungsprozesse. Dazu gehört es auch, sie an der niedrigsten Schwelle der Demokratie, der Wahl nämlich, nicht scheitern zu lassen, sondern ihnen die Möglichkeit einzuräumen, sich zu beteiligen, und zwar auch in dem Umfeld,

(Beifall bei der PDS)

in dem sie leben, von deren Entscheidung sie am unmittelbarsten betroffen sind, also in der Kommune. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, warum haben Sie denn solche Bedenken, wie sie das letzte Mal angeklungen sind? Haben Sie etwa Angst davor, die jungen Menschen würden Sie nicht wählen? Haben Sie etwa Angst davor, die jungen Menschen würden dieses Recht missbrauchen? Ich habe diese Angst nicht und kann sagen, ich habe Vertrauen in die Menschen.

(Beifall bei der PDS)

Jugendlichen wird es heutzutage erlaubt, mit 16 Jahren Motorrad zu fahren. Jugendlichen wird es erlaubt, mit 16 Jahren öffentlich Alkohol zu kaufen und Zigaretten zu rauchen. Wenn es aber darum geht, ihre Mitbestimmungsrechte zu erweitern, dann haben Sie kein Vertrauen mehr?

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Geschwätz!)

Ja, ist okay. Richtig, kiffen kann man auch.

Diese Argumentation scheint mir nicht schlüssig. Und wenn Sie es darauf ankommen lassen, meine Freunde von der CDU, dann frage ich Sie auch noch, wie Sie es verantworten können,

dass man sich mit 14 Jahren den Gott fürs Leben aussuchen muss? Ich persönlich kann Ihre Ängste nicht nachvollziehen und sie sind auch nicht stichhaltig, zumal keiner unserer Änderungspunkte eine Wahlpflicht vorsieht. Das Argument, Herr Fiedler, das Sie das letzte Mal gebracht haben, dass die Leute ja gar nicht wählen gehen, zählt nicht. Und ich möchte Sie daran erinnern, dass 46 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer am 13. Juni 2004, als dieses Haus neu gewählt wurde, gar nicht erst zur Wahl gegangen sind. Möchten Sie, meine Damen und Herren, denn diesen Menschen auch das Wahlrecht absprechen?

(Beifall bei der PDS)

Besser wäre doch der Vorschlag,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das hat doch mit "16" nichts zu tun.)

wenn der Landtag auch nur zu 54 Prozent besetzt würde, wenn auch nur 54 Prozent der Wahlberechtigten auch wählen gehen, denn dann hätten Sie als Politiker - oder wir - ja ein reges Interesse an einer möglichst hohen Wahlbeteiligung.

(Zwischenruf Abg. Grüner, CDU: Das haben wir doch sowieso.)

Ja.

Und der zweite Grund, den die CDU das letzte Mal angeführt hatte, der war, dass damit extremistischen Parteien ein Platz geboten würde, wie jetzt in Sachsen und Brandenburg geschehen ist. Dieser Grund ist ebenso wenig stichhaltig. Lösen Sie sich doch bitte von der Vorstellung, dass die jungen Menschen nicht nachdenken, wenn es um Politik geht. Sind es nicht immer wieder junge Menschen, die gegen Rechts auftreten und dann von der Polizei verprügelt werden? Sind es nicht immer wieder junge Menschen, die für Frieden und Demokratie aufstehen?

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Solche wie Dittes.)

(Beifall bei der PDS)

Ja, Herr Fiedler, Herr Dittes, ich weiß.

Sie zeigen sich doch auch allzu gern auf Veranstaltungen, in denen es um junge Menschen geht. Nur Menschen, die frühzeitig an Demokratie herangeführt und ernst genommen werden, wissen, welche Chancen in ihr liegen. Darum ist es notwendig, z.B. an Schulen nicht nur Demokratieverständnis zu vermitteln, sondern Demokratie zu praktizieren. Das ist das effektivste Vorgehen gegen den allgemeinen System- und Politikverdruss. Beteiligung und das Ernstnehmen der Menschen sollte ein unverzichtbares Element unserer Gesellschaft sein.

Zum 2. Punkt, der Abschaffung der 5-Prozent-Klausel auf kommunaler Ebene: Dazu haben Sie sich ebenfalls sehr zurückhaltend geäußert. Diese 5-Prozent-Klausel rührt übrigens aus der Erfahrung der Weimarer Republik her, in der die Nazis über einen langen Zeitraum immer mehr Sitze im Reichstag erkämpft und diesen als Bühne missbraucht hatten. Auf kommunaler Ebene hat die von uns angedachte Klauselaufhebung den Grund, dass wir eine Verbreiterung der demokratischen Basis in kommunalen Parlamenten wollen.

(Beifall bei der PDS)

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind für eine Streichung der 5-Prozent-Klausel auf kommunaler Ebene, denn damit ermöglichen wir auch kleineren Parteien und Bürgerinitiativen die Mitgliedschaft in Stadträten und Kreistagen. Wir möchten, dass sich politische Richtungen und Meinungen an Entscheidungen, die sie betreffen, auch beteiligen können. Eine Demokratie lebt nämlich vom Kompromiss und vom Austausch von Argumenten und nicht davon, dass die CDU allein herrschaftlich mit ihrer absoluten Mehrheit, die sie irgendwo hat, alles machen kann, was sie will,

(Beifall bei der PDS)

wie es beispielsweise in Erfurt die letzten Jahre der Fall war.

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: "Demokratieexperte"!)

Als Stadtrat dieser Stadt möchte ich anmerken, dass die Arbeit erheblich sachlicher geworden ist, seitdem die absolute Mehrheit der CDU dort gekippt wurde. Und Sie, Herr Panse, können mir doch darin sicherlich zustimmen.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Genau, das haben wir in Sachsen gesehen.)

Ja, Herr Mohring, wir sind immer sachlich.

In diesem Sinne, einem sehr demokratischen Sinne, möchte ich die Mitglieder des Landtags auffordern, uns zuzustimmen. Danke schön.

(Beifall bei der PDS)